

Ja zur Eidgenössischen Volksinitiative 'Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)'

Die Sozialhilfe ist das letzte Netz der sozialen Sicherheit und ermöglicht ein menschenwürdiges Leben. Während über eine Steuerpflicht der Sozialhilfe debattiert wird profitieren die reichsten AusländerInnen über eine Pauschalbesteuerung und müssen nicht die effektiven Einkommen und Vermögen versteuern. Das ist nicht akzeptabel.

Die Professionellen der Sozialen Arbeit spüren derzeit die Auswirkungen der finanziell angespannten Kantonsbudgets über konkrete Kürzungen im Bereich der Sozialleistungen. Der Steuerwettbewerb nach unten zwischen den Kantonen wird insbesondere durch die Pauschalbesteuerung ausländischer MillionärInnen akzentuiert. Dadurch wird den Kantonen die nötigen finanziellen Mittel für die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben entzogen.

Zentrales Anliegen der Arbeit von AvenirSocial stellt bezugnehmend auf den Berufskodex u.a. die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit dar. Die Pauschalbesteuerung in der Schweiz führt zu einer ungleichen Behandlung von Reich und Arm, von in der Schweiz wohnhaften AusländerInnen sowie reichen SchweizerInnen und AusländerInnen. Sie fördert die Steuerflucht in die Schweiz und entzieht damit anderen Ländern die Steuereinnahmen ihrer reichsten BürgerInnen. Diese steuerliche Ungleichheit schafft Privilegien, welche nicht mit der sozialen Gerechtigkeit vereinbar sind. Deswegen setzt sich AvenirSocial für die Initiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)“, welche am 30. November 2014 zur Abstimmung kommt, ein. Diese Initiative bestätigt die Bestrebungen auf nationaler Ebene, die Pauschalbesteuerung abzuschaffen, was bereits durch mehrere Kantone umgesetzt wurde (ZH, SH, AI, BL). Die Annahme dieser Initiative ist ein wichtiger Schritt in Richtung Steuergerechtigkeit und gesetzlich verankerten Gleichstellung.